



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

DER MINISTER

Frau  
KatrIn Werner, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3595  
Poststelle@mdi.rlp.de  
www.mdi.rlp.de

20. Oktober 2020

**Katrin Werner, MdB**

29. Okt. 2020

Erl.: .....

Mein Aktenzeichen  
365-010-S-100002-0000-  
0005 /2020  
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom  
11. September 2020

Telefon / Fax  
06131 16-3773  
06131 16-17-3773

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

für Ihre Anfrage vom 11. September danke ich.

Die Öffentlichkeit wird in Rheinland-Pfalz auf der Grundlage des § 7 Abs. 2 Landesverfassungsschutzgesetz über die Arbeit des Verfassungsschutzes informiert. Hierzu zählt - nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der Prävention - die umfassende Information über die einzelnen Beobachtungsfelder wie den Rechtsextremismus. In diesem Sinne betreibt der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz eine offensive Öffentlichkeitsarbeit.

Die Information der Öffentlichkeit durch den Verfassungsschutz hat allerdings aus für jedermann nachvollziehbaren Gründen Grenzen. Diese ergeben sich insbesondere aus den einschlägigen Bestimmungen des Daten- und Geheimschutzes sowie aus Gründen des Methodenschutzes. Eine Nichtbeachtung würde neben möglichen Rechtsfolgen auch die



Arbeit und Funktionsfähigkeit des Verfassungsschutzes konterkarieren. Hiervon unbenommen bleibt selbstverständlich die regelmäßige, vollumfängliche Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtags Rheinland-Pfalz.

Ich vermag daher Ihre Fragen auch nur in dem Umfang zu beantworten, wie dies gegenüber der Öffentlichkeit möglich wäre.

Im Einzelnen:

Rechtsextremisten dient die Musik bekanntermaßen als Medium für ihre menschenverachtende und demokratiefeindliche Weltanschauung. Dabei setzen sie auf die emotionalisierende Wirkung der Musik. Sie trägt dazu bei, der Szene inneren Zusammenhalt zu geben. Zudem ist Musik aus rechtsextremistischem Blickwinkel weiterhin ein wichtiges Mittel der Nachwuchswerbung und -gewinnung. Das Vorgehen hat sich im Laufe der Zeit grundlegend geändert. Heute werden auch in der Musikszene die multimedialen Möglichkeiten des Internets für die Nachwuchswerbung ausgeschöpft.

Große Anziehungskraft innerhalb der Szene üben nach wie vor Konzerte aus. Sie bieten die Möglichkeit, neue Anhänger zu gewinnen und bestehende Kontakte zu festigen. Rheinland-Pfalz nimmt bei der Zahl rechtsextremistischer Musikveranstaltungen und der dabei zu verzeichnenden Teilnehmerzahlen im Ländervergleich seit Jahren einen hinteren Platz ein.

Fragen 1 bis 3:

Seit 2015 sind der Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz 19 rechtsextremistische Musikveranstaltungen (Konzerte, Liederabende, sonstige Veranstaltungen mit Musikdarbietungen) bekanntgeworden, die in Rheinland-Pfalz stattgefunden haben.

Des Weiteren fanden an verschiedenen Orten kleinere Veranstaltungen ohne Liveauftritte im privaten Rahmen statt.

Der Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz sind seit 2015 zudem mehrere Konzertveranstaltungen im benachbarten Frankreich bekannt geworden.



Fragen 4 bis 8:

Die Einstufung von Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz, zu denen auch solche über rechtsextremistische Musikveranstaltungen zählen, richtet sich nach den Bestimmungen der „Anweisung zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen (VS-Anweisung/VSA) Rheinland-Pfalz“.

Im jüngsten Verfassungsschutzbericht des Landes für das Jahr 2019 wird zur rheinland-pfälzischen rechtsextremistischen Musikszene wie folgt ausgeführt:

*„In Rheinland-Pfalz sind der Verfassungsschutzbehörde aktuell acht rechtsextremistische Bands und vier Personen bekannt, die als Liedermacher auftreten. Vier der Bands zeigten im Jahr 2019 allerdings keine bedeutende Aktivität. Zumeist finden die Auftritte rheinland-pfälzischer rechtsextremistischer Bands und Liedermacher außerhalb der Landesgrenzen statt. Bekanntester Protagonist der rechtsextremistischen Musikszene in Rheinland-Pfalz ist Philipp Neumann, der sowohl als Sänger der Band „FLAK“ als auch als Liedermacher „Phil von FLAK“ oder „FLAK solo“ bundesweit sowie im europäischen Ausland auftritt. Neumann sowie ein weiterer Musiker der Band aus Rheinland-Pfalz waren Führungspersonen der Gruppierung „Aktionsbüro Mittelrhein“ und sind damit auch außerhalb ihrer musikalischen Darbietungen in der rechtsextremistischen Szene verwurzelt.“*

Anmerkung:

Weitergehende Angaben zu dem Fragenkomplex können aus Gründen des Daten- und Methodenschutzes nicht gemacht werden. Die Offenlegung weitergehender Informationen könnte dazu führen, dass die rechtsextremistische Szene daraus Rückschlüsse auf den Erkenntnisstand der Sicherheitsbehörden zieht und ihre weitere Vorgehensweise gezielt danach ausrichtet. Dies könnte den Verfassungsschutz in seiner Arbeitsfähigkeit und Aufgabenerfüllung beeinträchtigen.

Frage 9:

Seit 2015 fanden nach hiesigen Erkenntnissen insgesamt vier polizeiliche Einsätze im Zusammenhang mit rechtsextremen Konzerten statt:



Am 09.05.2015 fand in Seelen im Donnersbergkreis eine Musikveranstaltung der rechten Szene statt. In diesem Zusammenhang konnte keine strafrechtliche Relevanz festgestellt werden.

Am 27.10.2017 fand eine Musikveranstaltung einer rechten Band in Römerberg bei Speyer statt. Diese verlief ohne besondere Vorkommnisse.

Am 06.03.2018 kam es in Ludwigshafen zu einem Konzert einer rechten Band, welches keine Außenwirkung entfaltete. Hinweise auf die Begehung von Straftaten haben sich im Zusammenhang mit der Veranstaltung nicht ergeben.

Am 04.02.2019 fand erneut ein rechtes Konzert in Ludwigshafen statt. Auch diese verlief störungsfrei und ohne Außenwirkung.

Fragen 10 und 11:

Im Zusammenhang mit den zuvor genannten Veranstaltungen konnte kein strafrechtlich relevantes Verhalten festgestellt werden, weshalb seitens der rheinland-pfälzischen Polizei keine Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden.

Frage 12:

Auf die Anmerkung zu den Fragen 4 bis 8 wird verwiesen.

Frage 13:

Private Feiern mit einschlägigen Musikdarbietungen ohne Liveauftritte von Bands oder Liedermachern werden im Verfassungsschutzbericht als „sonstige Veranstaltungen mit Musikdarbietungen“ aufgeführt.



Fragen 14 bis 16:

Zuletzt waren der Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz zwei Versandhandel bekannt, die finanziell für die Szene keine nennenswerte Rolle spielen und die in jüngerer Zeit keine Aktivitäten entfaltet haben.

Frage 17:

Bislang liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Fragen 18 und 19:

Eine verlässliche Schätzung des Umsatzes ist nicht möglich. Es steht aber außer Frage, dass Gelder, die auf Musikveranstaltungen und durch den Verkauf entsprechender Produkte wie Musik-CDs, Kleidung und ähnliches eingenommen werden, für Szene-Aktivitäten verwandt werden und zum Lebensunterhalt der Händler beitragen.

Frage 20:

Bei der Organisation von Konzerten agiert die rechtsextremistische Szene äußerst konspirativ. Einladungen erfolgen häufig in sozialen Netzwerken und Messenger-Diensten oder durch „Mund-zu-Mund-Propaganda“. Vor den Veranstaltungen werden oftmals nur ganz grob Regionen als Örtlichkeit angegeben und keine genaueren Angaben gemacht. Häufig werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dann vom propagierten Treffpunkt an den eigentlichen Veranstaltungsort gelotst. Die Szene will auf diese Weise staatliche Repressionen und ein daraus resultierendes Konzertverbot verhindern.

Weitergehende Informationen zum Thema können den Anlagen entnommen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Roger Lewentz

## Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Alexander Schweitzer, Wolfgang Schwarz und Michael Hüttner (SPD)  
– Drucksache 17/10495 –

### Auftritte rechtsextremer Bands in der Pfalz

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/10495 – vom 6. November 2019 hat folgenden Wortlaut:

DIE RHEINPFALZ berichtete unter dem Titel „Pfälzer Rechtsrock-Szene wieder aktiver“ am 30. Oktober 2019 aus Anlass der Premiere eines ZDF-Dokumentarfilms darüber, dass die Aktivitäten der rechtsextremen Musikszene zuletzt auch in der Pfalz wieder zugenommen haben sollen.

Der im Artikel zitierte Musikwissenschaftler berichtete demnach unter anderem, dass es zuletzt zwei Auftritte der einschlägigen Band „Lunikoff-Verschörung“ in Bad Bergzabern und Ludwigshafen gegeben habe. Berichtet wurde darüber hinaus über ein anstehendes Konzert des „Liedermachers“ Frank Rennicke, der mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilt worden sei.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die in dem Artikel erwähnte Band „Lunikoff-Verschörung“ bzw. den ebenfalls erwähnten Frank Rennicke?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Auftritte der Band „Lunikoff-Verschörung“ in Bad Bergzabern und Ludwigshafen (falls bekannt, bitte konkreten Veranstaltungsort, Veranstalter und Zahl der Besucherinnen und Besucher angeben)?
3. Hat die Landesregierung darüber Erkenntnisse, ob es im Rahmen der besagten Konzerte zu Straftaten gekommen ist?
4. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass es zuletzt eine Zunahme von Aktivitäten der rechtsextremen Musikszene insbesondere in der Pfalz gegeben hat?
5. Welche Bands, Labels oder Konzertagenturen können zur rechtsextremen Musikszene in der Pfalz gezählt werden?
6. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über entsprechende Veranstaltungen mit Beteiligung deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im benachbarten Elsass?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 28. November 2019 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Rechtsextremismus ist eine zentrale Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Die von ihm ausgehenden Gefahren für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben sind in jüngerer Zeit gestiegen. Die Landesregierung verfolgt daher alle Facetten der aktuellen Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit.

Musik ist im Rechtsextremismus in vielerlei Hinsicht ein wichtiger Faktor. Sie ist als Medium des einschlägigen menschenverachtenden Gedankenguts politischer Impulsgeber und zugleich ein aus Szenesicht unverzichtbares Element, um Identität und Zusammenhalt zu stiften. Darüber hinaus spielt die Musik bei der Nachwuchsgewinnung eine wichtige Rolle. Die Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz beobachtet die rechtsextremistische Musikszene und das damit einhergehende Veranstaltungsgeschehen daher schwerpunktmäßig.

Zu weiteren, über die folgenden Antworten hinausgehenden Einzelheiten kann die Landesregierung aus Gründen der Wahrung operativer Belange des Verfassungsschutzes öffentlich nicht Stellung nehmen. Sie wird jedoch die Parlamentarische Kontrollkommission in deren nächster Sitzung zu diesem Themengebiet unterrichten.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Aus Sicht der Landesregierung zählen sowohl der Musiker Frank Renniecke als auch die Band „Die Lunikoff-Verschörung“ um den ehemaligen Frontsänger der 2003 als kriminelle Vereinigung eingestuften rechtsextremistischen Band „Landser“ seit Jahren zu den bekanntesten Protagonisten der rechtsextremistischen Musikszene im Bundesgebiet. Sie treten regelmäßig überregional bei einschlägigen Musikveranstaltungen auf.

Zu Frage 2:

Die Konzerte der Band „Lunikoff-Verschörung“ fanden am 14. November 2018 in Bad Bergzabern und am 4. Februar 2019 in Ludwigshafen am Rhein jeweils ohne öffentliche Ankündigung oder Öffentlichkeitswirksamkeit statt. Es wird jeweils von Teilnehmerzahlen im niedrigen zweistelligen Bereich ausgegangen.

Zu Frage 3:

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Zu Frage 4:

Aktuell bewegt sich die Zahl von sechs der Landesregierung in diesem Jahr in Rheinland-Pfalz bekannt gewordenen rechtsextremistischen Musikveranstaltungen, die überwiegend in der Pfalz stattfanden, auf Vorjahresniveau. Für eine abschließende Bewertung bleibt die weitere Entwicklung bis zum Jahresende abzuwarten.

Zu Frage 5:

In Rheinland-Pfalz sind aktuell acht rechtsextremistische Bands und vier Liedermacher aktiv. Musiklabels oder Konzertagenturen sind derzeit nicht bekannt.

Zu Frage 6:

Der Landesregierung ist bekannt, dass rechtsextremistische Musikveranstaltungen unter Beteiligung deutscher Bands und Zuhörerschaft wiederholt auch im benachbarten Frankreich stattgefunden haben.

In Vertretung:  
Randolf Stich  
Staatssekretär

## Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Marion Schneid (CDU)  
– Drucksache 17/10573 –

### Pfälzer Rechtsrock-Szene

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/10573 – vom 14. November 2019 hat folgenden Wortlaut:

Mit Rechtsrock-Musik werden Millionen Euro verdient. Auch in Rheinland-Pfalz hat die Anzahl der Rechtsrock-Konzerte in den vergangenen zwei Jahren wieder zugenommen. Die Auftritte in der Pfalz sind konspirative Konzerte. Die Besucher erfahren erst kurzfristig den Veranstaltungsort. So war für das erste Wochenende im November ein Konzert in der Westpfalz angekündigt (Die Rheinpfalz, 29. Oktober 2019).

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit beobachtet das Land die Veranstaltungen der Rechtsrock-Szene?
2. Auf welche Art und Weise gelingt Ordnungs- und Sicherheitsbehörden des Landes die Überwachung konspirativer Veranstaltungen?
3. Wie begegnet das Land dem Erstarken der Rechtsrock-Szene?
4. Welche Präventionsarbeit leistet das Land im Hinblick auf Jugendliche, damit diese nicht anfällig für rechte Ideologien werden?

Das Ministerium des Innern und für Sport hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 5. Dezember 2019 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Musik ist im Rechtsextremismus in vielerlei Hinsicht ein wichtiger Faktor. Sie ist als Medium des einschlägigen menschenverachtenden Gedankenguts politischer Impulsgeber und zugleich ein aus Szenesicht unverzichtbares Element, um Identität und Zusammenhalt zu stiften. Darüber hinaus spielt die Musik bei der Nachwuchsgewinnung eine wichtige Rolle. Die Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz beobachtet die rechtsextremistische Musikszene und das damit einhergehende Veranstaltungsgeschehen daher mit Schwerpunkt.

Darüber hinaus hat das im Rahmen des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus bestehende „Beratungsteam Musik“ die aktuellen landesspezifischen und bundesweiten Entwicklungen im Bereich Rechtsrock und rechter Musik im Blick und kann bei Beratungsbedarf hinzugezogen werden.

Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Zu Frage 2:

Ein Ziel der Beobachtung der rechtsextremistischen Musikszene durch den Verfassungsschutz ist die möglichst frühzeitige Aufklärung konspirativer Konzerte bereits im Planungsstadium. Die in diesem Zuge gewonnenen Erkenntnisse werden, soweit dies möglich ist, den Polizeibehörden zur Veranlassung von Maßnahmen in eigener Zuständigkeit übermittelt.

Die Polizei Rheinland-Pfalz begegnet rechtsextremistischen Musikveranstaltungen mit einer Null-Toleranz-Strategie: In Zusammenarbeit mit den örtlich zuständigen kommunalen Verwaltungsbehörden werden alle rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung der Durchführung ausgeschöpft.

Sofern ein Verbot im Vorfeld nicht möglich ist, überwacht die Polizei die Konzerte mit dem Ziel, mögliche Straftaten frühzeitig zu erkennen und konsequent zu verfolgen sowie bei einem evtl. unfriedlichen Verlauf oder Störungen zeitnah die zulässigen und erforderlichen Maßnahmen bis hin zur vorzeitigen Beendigung zu ergreifen.



Zu Frage 3:

Die Landesregierung begegnet der Entwicklung im Rechtsextremismus insgesamt und damit auch der seitens der rechtsextremistischen Musikszene weiterhin mit größtem Nachdruck. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus hat für sie eine hohe Priorität. In diesem Sinne hält die Landesregierung an ihrer bewährten Strategie fest, die auf die Beobachtung der Szene, konsequentes Einschreiten, umfassende Prävention und Hilfen für den Ausstieg setzt.

Darüber hinaus wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

Zu Frage 4:

Die Präventionsarbeit der Landesregierung ist gegen jede Form des Extremismus gerichtet. Sie wird in vielfältiger Form mit Priorität betrieben und ist auf Langfristigkeit und Nachhaltigkeit angelegt. Vor dem Hintergrund der jüngeren deutschen Geschichte und mit Blick auf die aktuelle Lageentwicklung hat die Rechtsextremismusprävention eine hervorgehobene Bedeutung. Besonderes Augenmerk gilt dabei jungen Menschen. Primärziele sind, Jugendliche gegen extremistisches Gedankengut zu wappnen und sie möglichst frühzeitig an demokratischen Leben teilhaben zu lassen. Ebenso wichtig ist es, jungen Menschen, die sich verstrickt haben, den Weg aus der (rechts-)extremistischen Szene zu ebnet. In diesem Sinne beispielhaft sind:

Die beim Verfassungsschutz eingerichtete Präventionsagentur gegen Extremismus informiert mittels Publikationen und nicht zuletzt im Dialog mit Jugendlichen und mit verschiedenen Veranstaltungsformaten unter dem Motto „Prävention durch Information“ über den Rechtsextremismus, seine Weltanschauung und die aktuelle rechtsextremistische Szene. Beispielhaft sind die Beteiligung an den „Studenten gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung“ für Schülerinnen und Schüler im Weiterbildungszentrum Ingelheim sowie an den jährlichen Landesdemokratietagen.

Die Leitstelle „Kriminalprävention“ initiiert eigene Kampagnen und Projekte gegen (Rechts-)Extremismus, die mit gut vernetzten Kooperationspartnern vor Ort in den Kommunen umgesetzt werden. Beispielhaft seien an dieser Stelle folgende Initiativen genannt:

- Kinoseminare „Die Lügen der Nazis“: Angebot für Schulen, im Rahmen dessen pädagogisch begleitet und aufbereitet sogenannte Vorbehaltsfilme (originale Propagandafilme aus der NS-Zeit) gezeigt und diskutiert werden.
- Theaterseminare: Angebot für Schulen, welches durch den erlebnisorientierten Zugang sowie umfangreiche pädagogische Nachbehandlungen zur Wertevermittlung (beispielsweise Toleranz, Empathie, Demokratieverständnis, Zivilcourage) beiträgt.
- Für ein Buntes Miteinander: Projekt für mehr Toleranz und gegen Rassismus und Diskriminierung jeglicher Art im Sport. Neben Schulungen für Multiplikator/innen zu ausgewählten Aspekten aus dem Phänomenbereich (z. B. Vortrag zu Rechtsrock) wird vor allen Dingen durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen (z. B. Stadionsdurchsagen, Artikel, Internetbeiträge) versucht, für das Thema „Rassismus und Diskriminierung“ zu sensibilisieren und so Fehlentwicklungen vorzubeugen.

Darüber hinaus gewährt die Leitstelle „Kriminalprävention“ im Rahmen ihrer Haushaltsmittel finanzielle Zuwendungen für kriminalpräventive Projekte.

Das für die Bund-Länder-Zusammenarbeit im Rahmen der polizeilichen Prävention federführende Programm „Polizeiliche Kriminalprävention“ hat Präventionsthemen speziell für Jugendliche aufgearbeitet. Diese sind unter dem Internet-Portal [www.polizeifuerdich.de](http://www.polizeifuerdich.de) abrufbar.

Die Polizei Rheinland-Pfalz vermittelt ferner vielfältige zielgruppenspezifische Präventions- und Hilfsangebote für Jugendliche und Heranwachsende gemeinsam mit Netzwerkpartnern, wie z. B. Schulen, anderen Behörden, sozialen und karitativen Einrichtungen sowie Verbraucherzentralen. Beispielhaft sei hier die Initiative des Landeskriminalamts (LKA) gemeinsam mit dem Pädagogischen Landesinstitut und der Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) zu nennen, die anlässlich des Landeselterntags und der Fachmesse für Lehrerinnen und Lehrer „IMEDIA“ Informationsstände und Workshops anbot. LMK und LKA arbeiten darüber hinaus im gemeinsamen Projekt zur Stärkung der Medienkompetenz [www.klicksafe.de](http://www.klicksafe.de) zusammen. Erweitert wird dieses Netzwerk zur Steigerung der Medienkompetenz von Jugendlichen durch die Zusammenarbeit mit [jugendschutz.net](http://jugendschutz.net).

Aufgeführt sind nachfolgend auch Programme und Projekte, die über den Bereich Rechtsextremismus hinaus gegen andere extremistische und demokratiegefährdende Entwicklungen in der Gesellschaft wirken:

- Förderung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit

Maßnahmen von Verbänden und Kommunen bieten in oft langfristigen Angeboten jungen Menschen Erfahrungsräume für selbstbestimmte und selbstgesteuerte Bildungs- und Lernprozesse. Insgesamt wird ihre Selbstwirksamkeit gestärkt – ein wichtiges Element, um Resilienz aufzubauen und zu erhalten. Chancen und Stärken demokratischer Werte werden hierin vermittelt, erlebt und gefestigt. Dies schützt junge Menschen vor dem scheinbaren Reiz antidemokratischer und gewaltfördernder rechts-extremer Ideologien.

- [jugendschutz.net](http://jugendschutz.net)

Ein Kernbereich der Arbeit von [jugendschutz.net](http://jugendschutz.net) im Bereich Rechtsextremismus ist die kontinuierliche Beobachtung rechts-extremer Onlinepräsenz, ihrer Kommunikations- und Rekrutierungsstrategien sowie der daraus hervorgehenden Gefährdungslagen für junge Userinnen und User. Die Leitplanken des Monitorings, die auf vielfältiger Weise miteinander verwoben sind,

bilden dabei die Jugendaffinität der Angebote, die Reichweite, ihre Aktualität sowie das Gefährdungspotenzial. Die gewonnenen Erkenntnisse aus dem kontinuierlichen Monitoring bilden für jugendschutz.net die Grundlage, um fundierte Informationsangebote, pädagogische Konzepte sowie Strategien zur Bekämpfung gefährdender Inhalte und Angebote zu entwickeln. jugendschutz.net wird unter anderem von Bund, den Ländern und den Landesmedienanstalten finanziert und hat seinen Sitz in Rheinland-Pfalz.

- Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Unter Einbeziehung aller Ressorts und zivilgesellschaftlicher Gruppen wird ein Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit erstellt. Verwaltung und Zivilgesellschaft müssen gegenüber Diskriminierungs- und Ausgrenzungsstrukturen weiter sensibilisiert werden. Der zu publizierende Aktionsplan informiert daher zunächst über die Wirkungsformen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und deren Gefahren für die Gesellschaft. Ein zentraler Teil werden darüber hinaus die Maßnahmen sein, die zur Umsetzung der Ziele vorgeschlagen werden. Bis Sommer 2020 soll der Landesaktionsplan fertiggestellt werden.

- Netzwerk für Demokratie und Courage

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) ist seit 2002 in Rheinland-Pfalz aktiv und wird von vielen Jugendverbänden getragen. Die Federführung hat die DGB-Jugend inne. Das NDC wird seit 2002 durch das Jugendministerium gefördert. Im NDC engagieren sich junge Menschen ehrenamtlich für eine demokratische Kultur und gegen menschenverachtendes Denken. Hauptarbeitsfeld des NDC ist die Durchführung von Projekttagen an Schulen, in Jugendverbänden und Ausbildungseinrichtungen. Gemeinsam mit den Jugendlichen arbeiten die Teamerinnen und Teamer des NDC zu den Themenfeldern Rassismus, Vorurteile und Diskriminierung, um Zivilcourage zu stärken und zu aktivem Handeln zu ermutigen. In den letzten Jahren wurden in durchschnittlich 100 Projekttagen jährlich ca. 2 000 Teilnehmende erreicht. Die Förderung erhöhte sich 2019 um 30 000 auf 85 000 Euro und steigt 2020 auf 105 000 Euro.

Beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung sind folgende Programme angegliedert:

- Die Landeskoordinierungsstelle „Demokratie leben!“ wird durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert und entwickelt sich zu einem Demokratiezentrum für Rheinland-Pfalz. Die Maßnahmen der Arbeit gegen Rechtsextremismus umfassen sowohl den Bereich der Intervention (einschließlich der mobilen Beratung, der Opfer- und Ausstiegsberatung) als auch den Bereich der Prävention. Im Demokratiezentrum werden projektübergreifend organisiert:

- Zwei Fachtagungen des Kompetenznetzwerks „Demokratie leben!“ in Rheinland-Pfalz,
- zwei Arbeitstreffen der im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderten Projekte und der 12 Partnerschaften für Demokratie,
- Ausbau des Kompetenznetzwerks „Demokratie leben!“,
- 12 Kollegiale Beratungstreffen der Landeskoordinierungsstelle mit den mobilen Beratungsteams in Rheinland-Pfalz,
- Sonderprojekte, wie z. B. Ausstellung „Jüdische Lebenswelten in Deutschland heute“ an zehn Ausstellungsorten.

- Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus

Das „Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz“ setzt sich aus über 50 Vertreterinnen und Vertretern staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen und Verbände sowie zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure zusammen.

Im Netzwerk findet ein kontinuierlicher Austausch über aktuelle Entwicklungen in der rechtsextremen Szene, aktuelle Themen, Aktivitäten und Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit statt. 2018 wurden insgesamt vier Beratungsnetzwerktreffen durchgeführt.

Intensiv besprochen wurden im Jahr 2018 u. a. die Ereignisse in Kandel und die anschließenden rechtsextremen Aktivitäten und der zivilgesellschaftliche Protest dagegen. Darüber hinaus sind rechtspopulistische Strategien und Handlungen weiterhin Thema im Netzwerk. Hierzu werden immer wieder Expertinnen und Experten zu spezifischen Themen und Anlässen geladen, um ihr Wissen in das Netzwerk einfließen zu lassen.

Die neun mobilen Beraterinnen und Berater (Beratungsknoten) in Rheinland-Pfalz werden durch die Landeskoordinierungsstelle kontinuierlich begleitet und vernetzt. In ihrer Arbeit beraten und unterstützen sie Bürgerinnen und Bürger in ihrem Engagement gegen Rechtsextremismus und fungieren als Sensoren für menschenfeindliche Aktivitäten in ihrer jeweiligen Zuständigkeitsregion.

Im Jahr 2018 haben die Beratungsknoten in Zusammenarbeit mit der Landeskoordinierungsstelle 173 Beratungsfälle begleitet und unterstützt.

Im Themenfeld „Rechtsextreme Musik und Musik im ‚Graubereich‘“ hat sich das Beratungsteam Musik als weiteres Beratungsangebot des Beratungsnetzwerks gebildet und landesweit etabliert.

– Aussteigerprogramm „(R)Auswege“ – Einzelfallbetreuung

Rauswege ist ein Aussteigerprogramm für junge Menschen, die sich aus der rechtsextremen Szene lösen wollen. Für die erste Kontaktaufnahme mit den sozialpädagogischen Helferinnen und Helfern von „(R)Auswege“ ist eine kostenfreie anonyme Telefon-Hotline installiert. 2018 gab es 61 intensive telefonische Beratungen. Im Kontakt zu den ausstiegswilligen jungen Menschen sowie zu professionellen Helferinnen und Helfern vor Ort erfolgen Absprachen per E-Mail und über das Handy in Ergänzung zur Telefon-Hotline.

2018 waren fünf Aussteiger und eine Aussteigerin in intensiver Einzelfallbetreuung durch das Programm „(R)Auswege“.

– „RÜCKwege“ – Ausstiegs- und Distanzierungsberatung

„RÜCKwege“ ist mit seinem Angebot eine wichtige und notwendige Ergänzung zum Aussteigerprogramm „(R)Auswege“. Das Projekt eröffnet die Möglichkeit, auf junge Menschen, die an der Schwelle zum Rechtsextremismus stehen, zuzugehen und mit ihnen zu arbeiten, wohingegen das Aussteigerprojekt eine definitive Ausstiegs motivation voraussetzt. 2018 gab es acht intensive Einzelfallbetreuungen.

– „Elterninitiative gegen Rechts – Hilfen für Eltern von rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen“

Eltern und sonstigen Angehörigen von rechtsextrem orientierten Jugendlichen wird eine qualifizierte Beratung und professionelle Begleitung angeboten. Gleichzeitig werden Fachkräfte unterstützt, beispielsweise aus Jugendhilfe, Schulen und Vereinen, die mit betroffenen Eltern im Kontakt sind.

– Partnerschaften für Demokratie

Partnerschaften für Demokratie sind örtliche oder regionale Bündnisse mit der Aufgabe, Verantwortliche auf kommunaler Ebene aus Politik, Verwaltung und der Gesellschaft zusammen zu bringen. Hier werden zur lokalen Problemlage und Situation passende Strategien entwickelt. Zur gemeinsamen Auswertung und weiteren Ausrichtung werden in der jeweiligen Kommune jährlich zwei Demokratiekonferenzen durchgeführt. Zusätzlich sind in den teilnehmenden Kommunen von Jugendlichen selbstständig „Jugendforen“ eingerichtet worden, die als Ziel die Stärkung der Beteiligung junger Menschen haben. Mitte 2019 gibt es in Rheinland-Pfalz 17 Partnerschaften für Demokratie.

– Opferberatung

Die Beratungsstelle m\*power in Koblenz ist bei einem privaten Träger angesiedelt. Die Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der „Empowerment“-Beratung spiegelt sich in den steigenden Beratungsfällen wider. Neben 16 durchgeführten Vorträgen und Workshops betreute m\*power 32 intensive Fälle und führte fünf Gruppenberatungen durch.

Innerhalb der Beratungstätigkeit nimmt die Problematik des zermürend wirkenden interpersonellen und institutionellen (Alltags-)Rassismus gegenüber rassistisch diskreditierten Menschen den größten Teil ein.

M\*power ist zudem zentral an der Planung, Gestaltung und Durchführung der Unterstützungs- und Weiterbildungsmaßnahmen im KiTa-Bereich (ILF und SPFZ) beteiligt.

– Planspiele

Im Rahmen der Bemühungen um die Stärkung des zivilgesellschaftlichen Widerstands gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist die Methode „Planspiel“ aufgegriffen worden. Das Umsetzungskonzept schließt die Ausbildung von Planspielleitungen ein, jedes Planspiel „Demokratie leben!“ wird von zwei pädagogisch geschulten Planspiel-Leiterinnen und -Leitern begleitet. Diese werden stetig weiter fortgebildet, und es findet ein regelmäßiger Austausch zwischen diesen Honorarkräften und der Landeskoordinierungsstelle statt.

Die Planspiel-Szenarien orientieren sich an der aktuellen politischen Situation in Rheinland-Pfalz. Die angebotenen Planspiele beziehen sich auf Phänomene im Bereich Geflüchtetenfeindlichkeit, (Spiel: „Flüchtlinge in unserer Stadt“ – Umgang mit den Vorgängen rund um die Einrichtung einer Unterkunft für Flüchtlinge; Jugendplanspiel „Integration und Schule“), Antisemitismus und Rechtradikalismus (Spiel „Rheinstadt hat andere Sorgen“ – rechtsextreme Agitation gegen eine Holocaust-Gedenkstätte; Jugendplanspiel Antisemitismus) und Muslim-Feindlichkeit (Spiel: „Runder Tisch in Riedelbach“ – Umgang mit den Vorgängen rund um die Einrichtung eines muslimischen Gebetsraums; Jugendplanspiel) sowie auf Populismus (Jugendplanspiel Populismus, Kenntnis und Umgang allgemein mit populistischen Phänomenen).

Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus sollte sich nicht alleine der Vermeidung von rechtsextremistischen Haltungen widmen, sie muss auch ein positives Gegenbild setzen. Die Gleichzeitigkeit von Demokratieerziehung, die Vermittlung historisch-politischen Wissens, die Durchführung allgemeiner gewaltpräventiver Projekte und gezielt auf Rechtsextremismus angelegte Programme haben die größten Erfolgchancen.

Im Bereich der Bildung muss es darum gehen,

- die Demokratie in und außerhalb von Schulen als Wert erlebbar zu machen,
- jungen Menschen über das Wissen um demokratische Institutionen und Handlungsoptionen eine Teilhabe am demokratischen Staat zu ermöglichen,

- durch zu einem möglichst frühen Zeitpunkt durchgeführte Gewaltprävention persönlichkeitsstabilisierende und konfliktlösende Verhaltensweisen zu trainieren und
- Jugendliche mit gezielten Programmen und Projekten über den Rechtsextremismus aufzuklären, für dessen Unmenschlichkeit zu sensibilisieren und zu couragierter Mitmenschlichkeit zu animieren.

Demokratieerziehung und Extremismusprävention haben die Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler im Blick. Zentraler Aspekt ist, die Kinder und Jugendlichen zu Selbstbestimmung, verantwortlichem Handeln und sozialem Engagement zu befähigen. Gerade vor dem Hintergrund, dass Extremismus und Fremdenfeindlichkeit rational nur schwer zu begegnen ist, stellen die Entwicklung demokratischer Denk- und Verhaltensstrukturen eine wichtige Basis dar, die die Ausbildung sogenannter Soft Skills wie Konfliktlösungskompetenz, emotionale und soziale Intelligenz unterstützen.

Das Ministerium für Bildung stellt seit 1994 entsprechende Fördermittel für diese Präventionsarbeit an Schulen zur Verfügung. Diese Arbeit wird in staatlichen Programmen, die vor allem über das Pädagogische Landesinstitut angeboten und in schulischen Einzelprojekten realisiert werden geleistet. Verantwortet werden die staatlichen Programme (PROPP, PIT, Mobbingfreie Schule sowie Ich und Du und Wir und das Projekt „Schulische Lern- und Lebenswelten“) von der Abteilung Schulpsychologie am Pädagogischen Landesinstitut.

In Vertretung:  
Randolf Stich  
Staatssekretär





Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

DER MINISTER

Herrn Präsidenten  
des Landtags  
Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz



Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3595  
Poststelle@mdi.rlp.de  
www.mdi.rlp.de

04. Januar 2020

Mein Aktenzeichen  
01 422.361  
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben  
vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail  
Philipp Staudinger  
Philipp.Staudinger@mdi.rlp.de

Telefon / Fax  
06131 16-3432  
06131 16-173432

**Sitzung des Innenausschusses am 5. Dezember 2019**

**TOP 13: Auftritte von Rechtsrock-Bands in Rheinland-Pfalz**

Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2  
GOLT

- Vorlage 17/ 5641 -

Sehr geehrter Herr Präsident,

*Heidi Hendrich*

in der Sitzung des Innenausschusses am 5. Dezember 2019 wurde zu TOP 13 „Auftritte von Rechtsrock-Bands in Rheinland-Pfalz“ schriftliche Berichterstattung beschlossen. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Der Verfassungsschutz beobachtet die rechtsextremistische Musikszene mit hoher Intensität. Musik spielt im Rechtsextremismus bereits seit Langem und in vielerlei Hinsicht eine zentrale Rolle. Als politischer Impulsgeber oder als identitätsstiftendes Element gehört sie quasi zur Lebenswelt der Rechtsextremisten. Sie dient als Medium für die menschenverachtende und demokratiefeindliche Weltanschauung.

Rechtsextremistischen Demagogen setzen vor allem auf deren emotionalisierende Wirkung. Musik dient ihnen als Katalysator für Hass und Hetze und trägt heute mehr denn je



dazu bei, der Szene Identität und damit nicht zuletzt Zusammenhalt zu geben. Dies gilt insbesondere für die im Rechtsextremismus in jüngerer Zeit vermehrt zu beobachtenden losen Gruppierungen ohne verbindliche Strukturen.

Musik bleibt für Rechtsextremisten auch ein wichtiger Faktor bei der Nachwuchswerbung und -gewinnung. Sie haben bereits vor geraumer Zeit erkannt, welche Wirkung die Musik, insbesondere im Kontext mit erlebnisorientierten Angeboten wie etwa Konzertbesuchen, gerade bei Jugendlichen entfalten kann. Das diesbezügliche Vorgehen hat sich jedoch im Laufe der Zeit weiterentwickelt. Beispiele wie die sogenannte Schulhof-CD der NPD sind zumeist Geschichte. Heute werden auch in diesem Themenfeld die multimedialen Möglichkeiten des Internets und der sozialen Medien voll ausgeschöpft. Die Rechtsextremisten haben vor allem Jugendliche im Blick, denen es etwa an Selbstwertgefühl und sozialen Kontakten mangelt. Mittels Musik *und* szenetypischen Aktivitäten suggerieren sie ihnen ein (vermeintliches) Gefühl von Gemeinschaft und Anerkennung.

Musikveranstaltungen unterschiedlichster Art spielen demnach in vielerlei Hinsicht eine anhaltend wichtige Rolle. Aus Szenesicht bieten sie neben der Möglichkeit, neue potenzielle Anhänger zu gewinnen, auch die Gelegenheit, bestehende Kontakte - auch über Ländergrenzen hinaus - zu pflegen und sich weiter zu vernetzen. Aus Sicht der Veranstalter sind die Konzerte darüber hinaus auch aus kommerziellen Gründen von Interesse, wie folgendes Beispiel zeigt: An den sogenannten Tagen der nationalen Bewegung, einer rechtsextremistischen Musik- und Rednerveranstaltung, nahmen vom 8. bis 9. Juni 2018 im Thüringischen Themar insgesamt etwa 3.250 Personen teil. Die Kartenpreise lagen zwischen 15 und 45 Euro. Zudem findet am Rande von Konzerten regelmäßig ein reger Verkauf einschlägiger Devotionalien, wie z. B. szenetypischer Bekleidung, statt.

Bundesweit werden alljährlich rechtsextremistische Konzerte, Liederabende und sonstige Veranstaltungen durchgeführt. Ein Schwerpunkt liegt in den östlichen Bundesländern. Im Jahr 2014 waren es bundesweit insgesamt 161, im Jahr 2018 bereits 270 Veranstaltungen. Dabei ist in den letzten Jahren zu beobachten, dass die Zahl von Großveranstaltungen mit



mehr als 1.000 Teilnehmern anstieg. Darüber hinaus sind vermehrt kombinierte Veranstaltungen zu beobachten, bei denen Konzerte mit politischen Rednerveranstaltungen und / oder Kampfsportevents kombiniert werden.

Bezogen auf die Anzahl der rechtsextremistischen Musikveranstaltungen und der dabei zu verzeichnenden Teilnehmerzahlen nimmt Rheinland-Pfalz im Ländervergleich seit Jahren einen hinteren Platz ein. Von den bundesweit im Jahr 2018 festgestellten 270 rechtsextremistischen Musikveranstaltungen fanden sechs in Rheinland-Pfalz statt, das sind rund 2,2 Prozent. Zwischen 2008 und 2018 wurden dem Verfassungsschutz insgesamt 41 rechtsextremistische Musikveranstaltungen in Rheinland-Pfalz bekannt. Hierzu zählen Konzerte, Liederabende und sonstige Darbietungen. Die Gesamtteilnehmerzahl an den Veranstaltungen belief sich im gleichen Zeitraum auf etwa 3.200 Personen; im Jahresdurchschnitt waren dies rund 290, je Veranstaltung rund 80 Teilnehmer.

Insgesamt war die Entwicklung im Bezugszeitraum wechselhaft. Das Jahr 2016 bildete durch das Fehlen bekannt gewordener Veranstaltungen eine Ausnahme. Danach hat die Zahl der Veranstaltungen mit zunächst fünf im Jahr 2017 und sechs im Jahr 2018 wieder zugenommen. Dies allerdings bei gesunkener Gesamtteilnehmerzahl.

Im Jahr 2019 haben in Rheinland-Pfalz bislang sechs Musikveranstaltungen stattgefunden. Bei zwei der Veranstaltungen traten regionale Musiker auf. Daneben wurden seitens rheinland-pfälzischer Rechtsextremisten auch die bundesweit bekannte Band "Die Lunikoff-Verschwörung" aus Berlin und der szenebekanntes Sänger Frank Rennicke aus Bayern eingeladen. So trat die Band "Lunikoff" am 14. November 2018 in Bad Bergzabern und am 4. Februar 2019 in Ludwigshafen am Rhein auf. Die Teilnehmerzahlen an den beiden öffentlich nicht wahrnehmbaren Veranstaltungen lagen geschätzt im unteren zweistelligen Bereich.

Wesentlicher Bestandteil der rechtsextremistischen Musikszene sind naturgemäß die einschlägigen Bands und die Liedermacher/-innen. Bundesweit handelt es sich um mehr als





200 Formationen und Sänger/-innen. Die Zahlen unterliegen nicht zuletzt aufgrund einer gewissen Fluktuation jährlichen Schwankungen. In Rheinland-Pfalz sind der Verfassungsschutzbehörde aktuell acht rechtsextremistische Bands und vier Personen bekannt, die als Liedermacher /-innen auftreten. Zu letzteren zählt u. a. eine im Zuge von Demonstrationen in Kandel unter dem Künstlernamen in Erscheinung getretene Julia Juls. Zumeist finden die Auftritte rheinland-pfälzischer rechtsextremistischer Bands und Liedermacher außerhalb der Landesgrenzen statt.

Es steht für die Landesregierung außer Frage, dass der rechtsextremistischen Musikszene anhaltend größte Aufmerksamkeit zukommen muss. Für den Verfassungsschutz bleibt sie ein Beobachtungsschwerpunkt. Polizei und Ordnungsbehörden werden weiterhin jede Möglichkeit nutzen, um Veranstaltungen zu unterbinden oder, wenn dies aus rechtlichen Gründen nicht möglich ist, alle Optionen von Auflagen auszuschöpfen. Ziel bleibt, den Handlungsspielraum der Rechtsextremisten auf ein Minimum einzuschränken.

Mit freundlichen Grüßen



Roger Lewentz